

## „Weiter so“ führt zum Niedergang Europas – Für eine neue Qualität der Integration

Von Joachim Schuster\*

### Zusammenfassung

Die geopolitischen Veränderungen mit den Auseinandersetzungen um die globale Hegemonie zwischen den USA und China, der inzwischen vollzogene Übergang zu einer fragmentierten Weltwirtschaft, die neuen gravierenden Abhängigkeiten der europäischen Volkswirtschaften und nicht zuletzt die Herausforderungen des Klimawandels erfordern eine Ablösung des in den letzten Jahrzehnten dominanten Entwicklungsmodells der neoliberalen Globalisierung.

Die bisherige Politik der EU, die trotz mancher bemerkenswerten Rhetorik den Grundlinien der neoliberalen Globalisierung weiterhin folgt, hat angesichts der geopolitischen und geowirtschaftlichen Veränderungen keine Zukunft. Vieles deutet darauf hin, dass so nicht einmal die starke wirtschaftliche Stellung der EU in der globalen Konkurrenz zu sichern ist. Zudem wird es mit dieser Politik nicht möglich sein, die notwendige klimaneutrale Transformation durchzusetzen. Statt eines modifizierten „Weiter so“ wäre ein Paradigmenwechsel erforderlich.

Es bedarf einer neuen Industrie- und Wettbewerbspolitik, die fiskalisch untermauert sein muss. Die EU braucht eine relevante Fiskalkapazität mit einer ausgeprägten Umverteilungskomponente zwischen den Mitgliedstaaten. Aufbauend auf den Erfahrungen mit dem Wiederaufbaufonds als Antwort auf die Corona-Krise sollte ab 2027 ein neuer schuldenfinanzierter Investitions- und Transformationsfonds in der Größenordnung von 1 % des EU-BIP, also rund 150 Mrd. € jährlich, eingerichtet werden..

### Summary

The geopolitical changes with the disputes over global hegemony between the USA and China, the transition to a fragmented world economy that has now taken place, the new serious dependencies of the European economies and, last but not least, the challenges of climate change require a replacement of the development model of neoliberal globalization that has dominated in recent decades.

The EU's previous policy, which – despite some remarkable rhetoric – continues to follow the basic principles of neoliberal globalization, has no future in view of the geopolit-

---

\* Joachim Schuster, Mitglied im Europäischen Parlament 2014 – 2024, E-Mail: joa.schuster@web.de

ical and geo-economic changes. There is much evidence that this will not even secure the EU's strong economic position in global competition. In addition, this policy will not make it possible to implement the necessary climate-neutral transformation. Instead of a modified "business as usual", a paradigm shift would be necessary.

A new industrial and competition policy is needed that must be fiscally underpinned. The EU needs a relevant fiscal capacity with a pronounced redistribution component between the member states. Building on the experience with the recovery fund in response to the Corona crisis, a new European, debt-financed investment and transformation fund of the order of 1% of EU GDP, i.e. around € 150 billion annually, should be set up from 2027.

*JEL classification:* F1, F11, F13, F18, F5, F6

*Keywords:* end of neoliberal globalization, necessary paradigm shift of European integration, new industrial and competition policy, fiscal capacity with a pronounced redistribution component, debt-financed investment and transformation fund

## **1. Geopolitische Umbrüche, fragmentierte Globalisierung und ökonomische Abhängigkeiten**

In den letzten Jahren hat sich die Weltwirtschaft gravierend verändert. Während noch 1992 die nordamerikanischen und europäischen Staaten ohne Russland zusammen knapp zwei Drittel des globalen BIP aufeinander vereinten, sind es 30 Jahre später nur noch knapp die Hälfte. Spiegelbildlich ist insbesondere der Anteil der asiatischen Staaten von 25% auf rund 35% gestiegen. Insbesondere China hat massiv aufgeholt.

Im Zusammenhang mit der Verschiebung der Gewichte haben sich zugleich die weltwirtschaftlichen Verflechtungen erheblich verändert. So ist eine deutliche Intensivierung der Beziehungen innerhalb regionaler Blöcke zu verzeichnen, während die Beziehungen zwischen den Blöcken sich reduziert haben. Diese Entwicklung wird durch geopolitische Spannungen politisch aufgeladen, insbesondere durch die Auseinandersetzung um die globale Hegemonie zwischen den USA und China. Die USA verfolgen mittlerweile eine Politik, die US-amerikanische Macht-Interessen in den Mittelpunkt stellt, in vielen Fällen auch auf Kosten der europäischen Verbündeten. Zudem sind die Amerikaner bestrebt, die Europäer als Unterstützer für ihre Auseinandersetzung mit China zu gewinnen. China hingegen sieht nicht nur die USA, sondern auch die EU als Teil des von der bisherigen Verfasstheit der Weltwirtschaft profitierenden globalen Nordens und damit im Zweifel als Gegner. Dieser Hegemonialkampf geht einher mit einem erheblichen Bedeutungsverlust der durch die USA in den letzten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts geformten und politisch dominierten, internationalen Wirtschaftsinstitutionen.

Das World Economic Forum prognostiziert 2023 vor diesem Hintergrund eine drastische Steigerung von Risiken und eine Fragmentierung der Weltwirt-

schaft, die die Gefahr von Handels- und Wirtschaftskriegen deutlich verstärken. Zudem würden wachsende Verteilungsgerechtigkeiten und vor allem die unterschiedlichen Auswirkungen des Klimawandels zu einer deutlichen Zunahme von Konflikten und einer Belastung der Weltwirtschaft führen. (Vgl. World Economic Forum 2023)

Die geopolitischen und geoökonomischen Veränderungen treffen für die EU zusammen mit zwei gravierenden Abhängigkeiten durch die geringe Ausstattung mit wichtigen Rohstoffen wie auch durch den Rückstand im Bereich der Digitalisierung bzw. bei der Anwendung von digitaler Technik in der Produktion.

Die europäische Wirtschaft ist in hohem Maße von Rohstoff-Importen abhängig. Dabei ist von Bedeutung, dass die Vorkommen wichtiger Rohstoffe geographisch konzentriert sind. Zudem befinden sich die ersten Stufen der Weiterverarbeitung häufig in außereuropäischen Ländern, wobei hier China eine herausgehobene Rolle wahrnimmt. Wird in Betracht bezogen, dass die klimapolitisch unverzichtbare grüne Transformation der europäischen Energieversorgung und Produktion den Bedarf an kritischen Rohstoffen erheblich erhöht, wird deutlich, in welcher Abhängigkeit sich die europäische Wirtschaft von Staaten des globalen Südens befindet. Störungen in den Lieferketten oder gar politisch motivierte Verweigerung von Rohstofflieferungen würden die heimische Wirtschaft empfindlich treffen. Die Abhängigkeit von diesen Ländern und insbesondere von China wird inzwischen als mindestens so groß eingeschätzt wie die Abhängigkeit der deutschen Wirtschaft von russischen Energielieferungen bis zum Ausbruch des Ukraine-Krieges.

Gleichzeitig hat sich die Abhängigkeit der EU auf dem Feld der Digitalisierung drastisch erhöht. Während 1990 noch über 40 % aller Halbleiter in Europa, rund 35 % in den USA und rund 20 % in Japan gefertigt wurden, ist der Anteil Europas inzwischen auf unter 10 % gesunken. Spiegelbildlich ist der Produktionsanteil von Taiwan, Südkorea und inzwischen auch China auf knapp 60 % der weltweiten Produktion angestiegen. (Vgl. Kroker/Kuhn 2023) Diese Entwicklung ist Resultat der dynamischen Entwicklung der internationalen Arbeitsteilung im Kontext der neoliberalen Globalisierung. Gemäß der Vorstellung, dass Produkte dauerhaft frei handelbar sind und Protektionismus der Vergangenheit angehört, strukturierten sich Wertschöpfungsketten und Produktionsstandorte vor allem nach dem Kriterium der Kosteneffizienz.

Die Abhängigkeit von dieser regionalen Arbeitsteilung bei Halbleitern wurde während der Corona-Pandemie schlagartig deutlich. Die pandemiebedingten Verzögerungen in den globalen Lieferketten führten zu spürbaren Produktions einschränkungen in vielen Branchen in Europa. Zudem verschärft die ungeklärte politische Situation Taiwans die Unsicherheiten der Lieferketten. Insbesonde-

re die Möglichkeit, dass China die angestrebte Wiedervereinigung mit Taiwan auch militärisch erzwingen könnte, bedroht die weltwirtschaftliche Stabilität.

Zudem wird die Nutzung digitaler Technologien in Wirtschaft und Gesellschaft durch Defizite in der europäischen digitalen Infrastruktur gehemmt. Ebenso ist die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Unternehmen im Vergleich mit den großen Digitalunternehmen aus den USA und aus China sehr eingeschränkt. Die Nutzung digitaler Technologien und Verfahren ist bei vielen europäischen Unternehmen nicht so ausgeprägt, wie es technisch möglich wäre und bei den geopolitischen Konkurrenten der Fall ist.

## 2. Der Klimawandel erfordert neue Antworten

Diese geopolitischen und -wirtschaftlichen Veränderungen und Abhängigkeiten treffen mit dem fortschreitenden Klimawandel zusammen. Die Süddeutsche Zeitung titelte im November 2023 „Die Welt ist auf dem Drei-Grad-Kurs“ (von Eichhorn 2023), also auf dem Weg zur globalen Katastrophe. Der Bericht geht davon aus, dass die Anstrengungen erheblich verstärkt werden müssen, wenn die Pariser Klimaziele noch irgendwie eingehalten werden sollen. Eine Fortschreibung der bisherigen Trends zur Reduzierung der Treibhausgasemissionen würde wahrscheinlich zu einer durchschnittlichen Erwärmung der Erde um 2,9 bis 3 Grad führen. Wenn dieser Trend nicht gestoppt wird, dürften größere Gebiete der Erde spätestens im Jahr 2100 nicht mehr für Menschen bewohnbar sein.

Auch wenn inzwischen nur noch wenige politische Kräfte den Klimawandel leugnen, ist die Dramatik der Entwicklung noch nicht in adäquate politische Konzepte umgesetzt. Ursächlich sind dafür die Konsequenzen einer klimaneutralen Transformation für die gesellschaftlichen Verteilungsverhältnisse. Zudem ist eine partiell sehr weitreichende Veränderung der persönlichen Lebensweisen erforderlich. Beides bereitet das Feld für ernsthafte politische Widerstände gegen eine Vielzahl notwendiger Maßnahmen zum Klimaschutz.

Es ist in diesem Kontext wenig fruchtbar, akademisch darüber zu streiten, ob grünes Wachstum letztlich einen Ausweg bietet, oder ob nur eine Degrowth-Strategie zum Erfolg führt. Vollständig perspektivlos sind allerdings politische Konzepte, die auf eine Abschwächung klimapolitischer Ziele setzen, zum Teil in Verbindung mit einer Forderung nach Technologieoffenheit. Notwendig ist vielmehr die konsequente Umsetzung einer Strategie des ‚selektiven Wachstums‘, die folgende Elemente umfassen muss: „(1) den verstärkten Einsatz sozial-ökologischer Leitplanken, (2) einen umfassenden Strukturwandel, (3) einen Innovations- und Investitionsprozess sowie (4) den verstärkten Einsatz der drei Strategiepfade des nachhaltigen Wirtschaftens (Effizienz, Konsistenz, Suffizienz).“ (Gapp-Schmeling u. a. 2022, S. 61)

### 3. „Weiter so“ führt in den Niedergang

Die geopolitischen Veränderungen mit den Auseinandersetzungen um die globale Hegemonie zwischen den USA und China, der inzwischen vollzogene Übergang zu einer fragmentierten Weltwirtschaft, die neuen gravierenden Abhängigkeiten der europäischen Volkswirtschaften und nicht zuletzt die Herausforderungen des Klimawandel haben zur Konsequenz, dass das in den letzten Jahrzehnten dominante Entwicklungsmodell der neoliberalen Globalisierung erschöpft ist. Dieses Modell war geprägt durch die Dominanz von Marktregulierung und einer Zurückdrängung politischer Regulierung. Zentrale Elemente waren weitgehend deregulierte internationale Finanzmärkte, die Liberalisierung des Welthandels und umfangreichere Privatisierungen. Hierdurch bildeten sich von multinationalen Konzernen geprägte internationale Wertschöpfungsketten heraus. Kosteneffizienz wurde zum zentralen Kriterium für die Ansiedlung von Produktionsstufen. Sozial- und Arbeitsstandards werden in diesem Kontext vor allem als Kostenfaktoren bewertet, die einem ständigen internationalen Wettbewerbsdruck ausgesetzt sind.

Das in den 1980er und 1990er Jahren herausgebildete Integrationsmodell der EU war maßgeschneidert für die neoliberalen Globalisierung. Nach innen wurde deren neoliberalen Prinzipien gedoppelt. Der gemeinsame Binnenmarkt setzte vor allem auf einen Abbau ökonomischer Grenzen im Wege einer negativen Integration. Dies wurde flankiert durch eine durchsetzungsstarke europäische Wettbewerbspolitik, die eine politische Gestaltung des Wirtschaftsprozesses massiv erschwerte. Auf die Schaffung starker wirtschafts- und strukturpolitischer Instanzen zur Regulierung des neuen Wirtschaftsraumes wurde verzichtet. Regulierende Eingriffe der Politik sollten reduziert werden und möglichst auf Preissignale zur Beeinflussung der Marktkräfte – etwa die Durchsetzung einer klimafreundlicheren Produktion durch Etablierung eines CO<sub>2</sub>-Preises – beschränkt bleiben.

Ebenso war die Schaffung des Euros und die Etablierung der europäischen Wirtschafts- und Währungsunion diesen Prinzipien untergeordnet. Prägend ist auch hier eine marktorientierte Koordinierung mittels eines stabilitätsorientierten Regelwerkes. Die Souveränität der Mitgliedstaaten in der Wirtschafts- und Finanzpolitik blieb volumnäßig erhalten. Zugleich ist der Haushalt der EU auf 1 % des Bruttoinlandsproduktes begrenzt, und ermöglicht so keine europäische Steuerung gesamtwirtschaftlicher Prozesse. Ein Finanzausgleich zwischen den EU-Staaten existiert nur rudimentär in Form der Strukturfonds.

Die Vorteile der Währungsunion sind unter diesen Vorzeichen sehr ungleich verteilt. Wirtschafts- und exportstarke sowie wenig verschuldete Staaten profitieren in größerem Maße. Zudem bildet sich unter diesen Bedingungen kein einheitlicher Zinssatz im Euroraum für öffentliche Verschuldung heraus. Höher verschuldete Staaten können sich nur zu einem höheren Zinssatz an den Märk-

ten verschulden. Der Zins-Spread in der Eurozone umfasst in Nicht-Krisenzeiten zwischen 1 – 2 %.

Eine derart konstruierte Wirtschafts- und Währungsunion ist systemimmanent krisenfällig. So gerieten zu Beginn der 2010er Jahre einige überdurchschnittlich verschuldete Mitgliedstaaten durch zum Teil spekulative Zinssteigerungen für ihre Staatsanleihen an den Rand der Zahlungsfähigkeit. Dies wiederum hätte den Bestand des Euro in Frage gestellt. Aus diesem Grunde intervenierte die EZB und kündigte an, notfalls in beliebiger Höhe Staatsanleihen dieser Länder aufzukaufen. Zugleich wurden die hochverschuldeten Länder von der EU unter Federführung Deutschlands gezwungen, eine harte Austeritätspolitik zur Konsolidierung ihrer Haushalte umzusetzen. Das bedeutete nicht nur Sozialabbau, sondern dämpfte auch deren wirtschaftliche Entwicklung. Der ökonomische Wettbewerb zwischen den Mitgliedstaaten konzentrierte sich damit darauf, Kosten der Unternehmen zu reduzieren. Folge davon waren Druck auf die Lohnentwicklung und politisch Steuersenkungswettbewerbe. Damit verbunden waren weitere Einschränkungen der fiskalischen Handlungsspielräume der Mitgliedstaaten. Zugleich erlahmte durch die prozyklische Austeritätspolitik in der Eurozone die öffentliche Investitionstätigkeit.

Das bisher vorherrschende Integrationsmodell erweist sich inzwischen ökonomisch als Bremse für die Wirtschaftsdynamik. Zugleich erfüllt es heute weder die Anforderungen in der neuen geopolitisch geprägten weltwirtschaftlichen Konkurrenz noch die des klimaneutralen Umbaus. Europäische Branchen drohen ihre globale Wettbewerbsfähigkeit einzubüßen. Zudem verhindert die Austeritätspolitik die für Bewältigung der klimaneutralen und digitalen Transformation notwendige erhebliche Steigerung der öffentlichen Investitionen wie auch eine deutlich stärkere Subventionierung privater Investitionen.

#### 4. Zaghafte Krisenreaktionen

##### 4.1 Wege aus der Rohstoffabhängigkeit und der defizitären Digitalisierung?

Die EU-Kommission hat ihre Antwort auf die geopolitischen Veränderungen 2023 in einer „Europäischen Strategie für wirtschaftliche Sicherheit“ gebündelt. In der vorangestellten Prämissen beharrt sie aber zunächst auf den überholten Lehrsätzen des alten Modells neoliberaler Globalisierung:

„Unsere Volkswirtschaften florieren dank eines offenen und regelbasierten Handels- und Investitionsumfelds sowie dank sicherer grenzüberschreitender Konnektivität und Zusammenarbeit in den Bereichen Forschung und Innovation. Diese Elemente werden auch weiterhin entscheidende Triebkräfte für die Wettbewerbsfähigkeit und Resilienz Europas sein, während wir den grünen Wandel beschleunigen.“ (Kommission 2023, S. 2)

In der Praxis werden aber derartige ideologische Glaubenssätze deutlich relativiert. Es werden drei Prioritäten für die wirtschaftliche Sicherheit identifiziert. Zunächst sollen die Resilienz der europäischen Wirtschaft und Lieferketten verbessert werden sowie die Innovationsfähigkeit und industriellen Kapazitäten der europäischen Wirtschaft gestärkt werden. Unter dieser Priorität werden Maßnahmen zur Förderung als strategisch erachteter Industriebranchen, gezielte Forschungsförderung aber auch die Diversifizierung von Lieferketten verstanden. Die zweite Priorität besteht im Schutz der europäischen Wirtschaft. Darunter werden sowohl handelspolitische Schutzmaßnahmen, die stärkere Kontrolle ausgehender wie eingehender Investitionen aber auch Maßnahmen zur Reduzierung außenwirtschaftlicher Abhängigkeiten bzw. Bedrohungen im Bereich der Digitalisierung gefasst. Schließlich wird es drittens für notwendig erachtet, besondere Beziehungen und Partnerschaften zu Drittländern aufzubauen.

Als eine zentrale Antwort auf die Rohstoffabhängigkeiten wurde in diesem Kontext der „Critical Raw Materials Act (CRMA)“ mit ambitionierten Zielen verabschiedet. So wird eine Diversifizierung der Rohstofflieferanten mittels strategischer Rohstoffpartnerschaften mit wichtigen Lieferländern angestrebt. Allerdings stehen die Partnerschaften häufig noch am Anfang. „Die meisten der bisher geschlossenen Partnerschaften basieren auf knapp formulierten Absichtserklärungen“ (Schulze 2024, S. 3), die noch ausgestaltet und konkretisiert werden müssen. Dabei tritt China in direkte Konkurrenz zur EU. „Die EU (...) kann weder mit den Investitionshöhen noch mit dem Umfang und der Attraktivität der Gesamtpakete konkurrieren, die China seinen Partnern anbietet.“ (Schulze 2024, S. 5)

Darüber hinaus sollen laut CRMA bis zum Jahr 2030 mindestens 10 % der kritischen Rohstoffe in der EU selbst gewonnen werden. Bei der Weiterverarbeitung soll der europäische Anteil auf 40 % steigen. Und schließlich soll der Bedarf der Rohstoffe zu 25 % aus europäischem Recycling gedeckt werden. Diese nicht mit konkreten Umsetzungsschritten unterlegte Zielsetzung wird aber wahrscheinlich nicht für alle benötigten kritischen Rohstoffen – wie etwa Lithium – erreichbar sein. „Noch wächst der Bedarf an diesem Rohstoff einerseits zu stark und die Menge an Batterien am Ende ihres Lebenszyklus ist andererseits noch viel zu gering. 2030 kann Recycling vielleicht 10 % des Lithiumbedarfs ersetzen, 2050 vielleicht 30 oder 40 Prozent.“ (iwd 2024, S. 7)

Im Mittelpunkt der europäischen Antwort auf die Defizite im Bereich der Digitalisierung steht der sogenannte Chips-Act, der den Aufbau und die Subventionierung einer leistungsfähigen europäischen Produktion von Halbleitern unterstützen soll. Dazu sollen auch groß angelegte Kooperationen mit Produzenten aus den USA oder Taiwan gefördert werden. Ein umfassendes De-Risking ist allerdings für die EU nicht zu erwarten. „Taiwans Anteil an High-End-Chips werde von rund 80 Prozent im Jahr 2022 auf 66 Prozent im Jahr 2027 sinken,

prognostiziert das taiwanesische Marktforschungsunternehmen Trendforce. Größter Gewinner des Subventionswettlaufs seien die USA, deren Anteil von null auf nahe zwölf Prozent steigen könnte, prognostiziert Joanne Chiao, Analystin bei Trendforce.“ (Kölling/Hofer 2024)

Die wirtschaftlichen Abhängigkeiten werden inzwischen selbst in Branchen wie der Automobilindustrie deutlich spürbar, in denen die EU bisher eine global führende Rolle eingenommen hatte. Wenn auch verstärkt durch manche strategischen Fehlentscheidungen europäischer Konzernleitungen ist inzwischen die europäische Automobilindustrie keineswegs technologisch und kommerziell führend bei der Produktion von E-Autos, denen die Zukunft des Automarktes gehört. Die zwischen den Mitgliedstaaten äußerst umstrittene Antwort der EU sind Zollerhöhungen unter Verweis auf nicht WTO-konforme staatliche Subventionierung in China. Die EU behandelt die chinesischen Subventionen vor allem als illegale Marktverzerrung. Der Aspekt der Produkt- und Prozessinnovation, der bei China eine große Rolle spielt, wird vollständig ausgeblendet. Die Erfolgsaussichten dieser Politik sind damit eher gering einzuschätzen.

Bei den bisher recht hilflosen Reaktionen der EU zur Verminderung wirtschaftlicher Risiken und Abhängigkeiten wird zudem der Kostenaspekt – etwa durch Zölle, Subventionen und den Aufbau von Produktion in Wirtschaftssektoren – ausgeblendet. „Europa kann wirtschaftliche Sicherheit vorrangig durch den Abbau von Abhängigkeiten erzielen. Das ist allerdings teuer und bedeutet Verzicht auf die wirtschaftlichen Segnungen der internationalen Arbeitsteilung.“ (Felbermayr/Herrmann 2024)

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass die EU in der Legislaturperiode 2019 bis 2024 noch keine konsistente und hinreichende Antwort auf die beschriebenen Herausforderungen gefunden hat. Dieses Unvermögen, notwendige Reformen zu vereinbaren, zeigte sich auch bei der Reform der Fiskalregeln.

#### *4.2 Die Reform der Fiskalregeln – Auf halbem Weg stehen geblieben*

Um die ökonomischen Herausforderungen der Corona-Pandemie bewältigen zu können, wurden die Fiskalregeln der EU 2020 ausgesetzt. So wurde es für die Mitgliedstaaten möglich, unabhängig vom jeweiligen Schuldenstand wirtschafts- und finanzpolitisch gegenzusteuern. Gleichzeitig wurde auf der Ebene der EU ein Unterstützungsfonds im Volumen von 750 Mrd. € (knapp 5 % des EU-BIP) eingerichtet, aus dem bis zum Jahr 2026 Antikrisenprogramme finanziert werden können. Die Mittelzuteilung auf die verschiedenen Mitgliedstaaten richtete sich nicht wie sonst üblich nach deren Größe und wirtschaftlichem Gewicht, sondern nach finanzpolitischen Bedarfen. So konnten etwa Spanien und Italien über mehr als doppelt so hohe Mittel verfügen wie Deutschland. Damit

beinhaltete der Wiederaufbaufonds erstmals eine relevante Umverteilungskomponente.

Da sich insbesondere die Verschuldungssituation in den Pandemie-Jahren in allen Mitgliedstaaten zum Teil erheblich verschlechtert hatte, war es 2024 nicht möglich, das alte Regelwerk wieder unverändert zu reaktivieren. Um die Defizite der alten Fiskalregel zu beseitigen, hätte sichergestellt werden müssen, dass die neuen Regeln eine Steigerung öffentlicher Investitionen in allen Mitgliedstaaten weitgehend unabhängig von ihrer Verschuldungssituation ermöglichen. Gleichzeitig müssten realistische Schuldenabbaupfade differenziert nach der länderspezifischen Situation vereinbart werden. Und schließlich wäre es erforderlich gewesen, die Verfahren zu demokratisieren, also die nationalen Parlemente und das Europäische Parlament einzubeziehen. (Vgl. Biegon/Koch 2023)

Rausgekommen ist 2024 jedoch nur eine pragmatische Reform ohne Tiefgang, bei der die schon im Maastrichter Vertrag aufgestellten Zielkriterien – die jährliche Neuverschuldung soll als 3 % des BIP; der Schuldenstand soll 60 % des BIP nicht übersteigen – nicht angetastet wurden. Das Regelwerk zur Erreichung dieser Ziele wurde allerdings der neuen Lage angepasst. Auf der Basis von Schuldentragfähigkeitsanalysen für die hochverschuldeten Staaten formuliert die Kommission zukünftig gemeinsam mit den betroffenen Staaten vier- oder siebenjährige Anpassungspläne. Damit kann der Anpassungsdruck zwar auf ein realistisches Maß reduziert werden, so dass eine harte Austeritätspolitik trotz eines weiter bestehenden Konsolidierungsdruckes nicht zwingend erforderlich ist, insbesondere wenn auch die Erhöhung der Staatseinnahmen als Instrument zur Haushaltskonsolidierung genutzt wird. Die Frage der Steigerung von Investitionen zur klimaneutralen und digitalen Transformation wurde jedoch bei der Reform überhaupt nicht adressiert. Ebenso wenig ist das gravierende demokratische Defizit der finanzpolitischen Koordinierung beseitigt worden.

Diese unzureichende Reform der Fiskalregeln birgt somit weiterhin das Potential, zu einem bedeutenden Spaltpilz der EU werden. Der Konsolidierungsdruck für die nationalen Haushalte besteht fort, ohne dass Wege aufgezeigt werden, wie notwendige Zukunftsaufgaben finanziert werden können. Politisch brisant ist, dass von diesem Dilemma auch politische und wirtschaftliche Schwergewichte wie Frankreich, Spanien und Italien betroffen sind. Das wird nicht nur EU-interne Auseinandersetzungen verschärfen. „Geopolitisch unzeitgemäß ist es, wenn ein großer Wirtschaftsraum wie die EU sich selber ein enges Fiskalkorsett verschreibt, über das die USA, Japan und ganz zu schweigen von China, nur den Kopf schütteln können. Mit dieser Reform haben die Europäer wieder mal eine große Chance vertan.“ (Priewe 2024)

Die Reform der Fiskalregeln behebt auch nicht die integrationspolitische Fehlkonstruktion der Wirtschafts- und Währungsunion, sondern spitzt diese sogar zu. Vereinfacht gesagt, kommt es im Ergebnis zu einer Frontstellung zwis-

schen den mediterranen Ländern und den stabilitätsorientierten Mitgliedstaaten des Nordens unter der Federführung Deutschlands. Für den politischen Zusammenhalt der EU kann diese Konstellation sehr schnell zu einer existentiellen Krise der europäischen Wirtschafts- und Währungsunion führen.

## 5. Für eine neue Qualität der europäischen Integration

Die bisherige Politik der EU, die trotz mancher bemerkenswerten Rhetorik die neoliberale Globalisierung nicht überwindet, hat angesichts der geopolitischen und geowirtschaftlichen Veränderungen keine Zukunft. Vieles deutet darauf hin, dass so nicht einmal die starke wirtschaftliche Stellung der EU in der globalen Konkurrenz zu sichern ist. Stattdessen drohen langandauernde Stagnation und tiefgreifende Strukturkrisen. Die notwendige klimaneutrale Transformation wird in dieser Konstellation nicht erreichbar sein. Statt eines modifizierten „Weiter so“ wäre ein Paradigmenwechsel erforderlich.

Der notwendige, möglichst rasche Übergang zu selektivem Wachstum wie auch die Reduzierung geowirtschaftlicher Abhängigkeiten kann nicht den freien Marktkräften überlassen bleiben und wird auch nicht in allen Branchen technologieoffen erfolgen können. Notwendig sind klare industriepolitische Vorgaben, welche Branchen wachsen, und welche schrumpfen sollen. Die Umsetzung dieser Vorgaben muss durch ein breites Spektrum staatlicher Eingriffe – von Ge- und Verboten über eine umfassende Subventionierung bis hin zu einer entsprechend ausgerichteten Forschungs- und Wissenschaftspolitik – ermöglicht werden.

Die neue im November 2024 gebildete Kommission versucht die offensichtlich gewordenen Handlungsnotwendigkeiten anzugehen. So werden in die richtige Richtung gehende Reformen der europäischen Wettbewerbs- und Industriepolitik propagiert. Die gleichzeitige Kritik an der angeblich überbordenden Bürokratisierung und wie auch die Betonung der angeblich notwendigen raschen Senkung der Energiekosten für alle, nicht nur besonders energieintensive Unternehmen lassen jedoch befürchten, dass parallel zur industriepolitischen Initiativen maßgeblich auf eine Kostenentlastung gesetzt wird, ohne dass dafür entsprechende Gegenleistungen, etwa in Bezug auf die klimaneutrale und digitale Transformation, verlangt werden. (Vgl. Volkery u. a. 2025 sowie Diesteldorf 2025)

Völlig unklar ist bislang, wie die neue Industriepolitik finanziert werden soll. Der bisherige Haushalt bietet hierfür nicht die notwendigen Spielräume. Sollten die Finanzierungsaufgabe allein den Mitgliedstaaten überantwortet werden, werden nur wenige Mitgliedstaaten in der Lage sein, die notwendige neue Industrie- und Wettbewerbspolitik zu realisieren. Damit würde eine vertiefte ökonomische Spaltung innerhalb der EU drohen, die politisch aller Voraussicht

nach nicht ausbalanciert werden könnte und damit dem Nationalismus in der EU massiv stärken würde.

Die EU braucht daher eine neue großdimensionierte Fiskalkapazität. Das spricht nach dem Auslaufen des Wiederaufbaufonds im Jahr 2026 für die Etablierung eines neuen Investitions- und Transformationsfonds ab 2027 in der Größenordnung von 1 % des EU-BIP, also rund 150 Mrd. € jährlich. Die Verteilung der Mittel sollte ähnlichen Kriterien wie beim Wiederaufbau-Fonds folgen und damit eine erhebliche Umverteilung zwischen den Mitgliedstaaten ermöglichen. Zudem muss der Fonds vollständig über europäische Schulden finanziert werden, da viele Mitgliedstaaten schon erhebliche Anstrengungen unternehmen müssen, um die 2024 verabschiedeten EU-Schuldenregeln zu erfüllen. Der Schuldendienst wäre vom EU-Haushalt zu tragen. Es geht damit faktisch um eine Verdoppelung des EU-Haushaltes auf rund 2 % des europäischen BIP. Mit einem solchen neuen Fonds würden alle Mitgliedstaaten in die Lage versetzt, die Mehrausgaben für die erforderlichen Investitionen in die klimaneutrale und digitale Transformation zu stemmen. Damit würde zugleich die EU gemeinsam mit den Mitgliedstaaten in die Lage versetzt, die Neuorientierung in der Industrie- und Wettbewerbspolitik konsequent anzugehen, als adäquate Antwort auf die geoökonomischen Veränderungen und die Herausforderungen des Klimawandels.

Die Einrichtung eines solchen Fonds sollte die 2024 neuen Fiskalregeln ergänzen. Solange es nicht gelingt, eine umfassende Reform der Europäischen Verträge mit einer deutlichen Stärkung der supranationalen Ebene zu verabschieden, ist ein derartiges Regelwerk unverzichtbar, damit die Mitgliedstaaten eine gemeinschaftsverträgliche und keine rein an nationalen Interessen orientierte Finanzpolitik betreiben. Die Einrichtung eines neuen Investitionsfonds könnte aber ohne Verletzung der Fiskalregeln im Zuge der 2026/2027 anstehende Entscheidung über den nächsten mittelfristigen Finanzrahmen der EU getroffen werden. Eine Änderung der europäischen Verträge wäre dazu nicht erforderlich.

Die EU steht vor schwierigen Herausforderungen. Fatal wäre ein Rückfall in Nationalismus, der in vielen Mitgliedstaaten deutlich an Raum gewonnen hat. Es bedarf einer zukunftstauglichen EU, die die neoliberalen Globalisierung überwindet, die wirtschaftliche Integration auf eine neue Qualität hebt und wichtige Beiträge zur Reduzierung der bestehenden weltwirtschaftlichen Abhängigkeiten sowie zur Bewältigung des Klimawandels leistet.

## Literaturverzeichnis

Biegon, D. und Koch, C. (2023): Reform der EU-Fiskalregeln: Mehr Demokratie wagen, in: spw 3/2023, S. 33 – 37.

Vierteljahreshefte zur Arbeits- und Wirtschaftsforschung, 2 (2025) 1